

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:631694-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Stuttgart: Dienstleistungen von Architekturbüros
2021/S 240-631694**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Stuttgart - Hochbauamt

Postanschrift: Hauptstätter Str. 66

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postleitzahl: 70178

Land: Deutschland

E-Mail: DLZ1.HBA@stuttgart.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://www.vergabe.stuttgart.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://www.vergabe.stuttgart.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/4/tenderId/35905>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.vergabe.stuttgart.de>

Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.vergabe.stuttgart.de>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

03000101 - Mönchfeldschule Sanierung Oberstufenbau, Sanierung und Modernisierung Mönchfeldschule

Referenznummer der Bekanntmachung: VgV_MöMü_001

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Es handelt sich um eine Gebäudegruppe mit 3 Gebäuden, wobei sich das zu sanierende Gebäude in der Mitte befindet. Das Gebäude ist aus Mauerwerks- und Betonwänden mit teilweise Sichtanspruch innen und außen erstellt. Die Zwischendecken und das Dach bestehen aus Betonrippen. Das Gebäude ist schadstoffbelastet (Asbest), im Zuge der anstehenden Sanierung und Modernisierung ist dieser zu entfernen. Das Gebäude besteht aus 3 Geschossen, das UG ist in Teilbereichen ebenerdig erschlossen.

Die Schulnutzung wird innerhalb dieses Gebäudes ausgelagert. Es ist ein Interimscontainer für die entfallenden WC-Anlagen und mit 2 Klassenzimmern vorzusehen.

In diesem Verfahren wird die Gebäudeplanung vergeben.

Die Ausführungsplanung wurde begonnen. Die Daten werden dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Es liegt ein gültiger Bauantrag vor.

Für die Asbestsanierung ist ein unterstützender Fachplaner aus dem Jahre 2017 beauftragt.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

Wert ohne MwSt.: 415 000.00 EUR

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

1. Gegenstand und Ziel des Verfahrens:

Gebäudeplanung nach HOAI 2013 Teil 3 Abschnitt 1, § 34 Leistungsbild Architektenleistungen, Leistungsphasen 6-9.

2. Verfahrensablauf:

Das Vergabeverfahren gliedert sich in 2 Stufen. In einem offenen Teilnahmewettbewerb (1.Stufe) können sich interessierte Unternehmen um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren bewerben. Hierzu sind geforderte Ausschluss-, Auswahl- und Eignungskriterien zu erbringen und nachzuweisen (siehe Abschnitt II.2.9) und Teilnahmeunterlagen). Die für die 2. Stufe ausgewählten Bieter werden zur Abgabe eines Erstangebots aufgefordert. Anschließend dürfen sich alle Bieter der Stufe 2 in einem Verhandlungsgespräch dem Auftraggeber persönlich vorstellen. Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, welches nach Wertung der Zuschlagskriterien (siehe Abschnitt II.2.5) und Vergabeunterlagen) insgesamt die höchste Punktzahl erreichen kann.

3. Beauftragung:

Die Beauftragung erfolgt in Abhängigkeit der Projektgenehmigung im Rahmen von Abrufverträgen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet die Leistung bis einschließlich Leistungsphase 8 HOAI zu übernehmen, wenn das Vorhaben zur Realisierung kommt. Der Auftraggeber beabsichtigt die Leistungen stufenweise zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung aller Leistungsstufen besteht nicht.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Personelle Projektorganisation / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Qualifikation und Erfahrung des betrauten Personals, insbesondere der Projektleitung / Gewichtung: 15 %

Qualitätskriterium - Name: Projekteinschätzung / Gewichtung: 20 %

Qualitätskriterium - Name: Fragen des Auftraggebers zu den Bereichen fachspezifische Themen, Kosten, Termine, Qualitäten und Projektbearbeitung / Gewichtung: 20 %

Preis - Gewichtung: 30 %

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 12/09/2022

Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Endtermin bezieht sich auf die voraussichtliche Baufertigstellung, LP 9 erfolgt anschließend.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1) Anzahl Beschäftigte:

Das jährliche Mittel der in den letzten drei Jahren (2019 - 2021) Beschäftigten (Teilzeitbeschäftigte können entsprechend ihrer Teilzeit angerechnet werden) inkl. der Führungskräfte.

- bis zu 2 Vollzeitbeschäftigte: 5 Punkte,
- mehr als 2 und bis zu 3 Vollzeitbeschäftigte: 25 Punkte,
- mehr als 3 Vollzeitbeschäftigte: 50 Punkte.

2) Referenzobjekt des Bewerbers: Gebäudeplanung Umbau/Modernisierung, mindestens Honorarzone III:

a) Gebäudetyp:

- Umbau / Modernisierung sonstiges Gebäude: 25 Punkte,
- Umbau / Modernisierung Bildungs- oder Verwaltungsbau: 75 Punkte,
- Umbau / Modernisierung allgemeinbildende Schule: 100 Punkte.

b) Auftraggeber:

- privater Auftraggeber: 10 Punkte,
- öffentlicher Auftraggeber gemäß § 99 GWB: 50 Punkte.

c) Bauwerkskosten KGR 300 + 400, netto:

- kleiner 1,0 Mio. €: 5 Punkte,
- ab 1,0 Mio. € und kleiner 2,0 Mio. €: 25 Punkte,
- ab 2,0 Mio. €: 50 Punkte.

d) Realisierte und vollständig abgeschlossene Leistungsphasen Gebäudeplanung nach HOAI durch den Bewerber:

- Leistungsphase 5: 18 Punkte,
- Leistungsphase 6: 7 Punkte,
- Leistungsphase 7: 3 Punkte,
- Leistungsphase 8: 22 Punkte.

e) Jahr der Inbetriebnahme:

- bis 31.12.2016 bzw. noch nicht in Betrieb: 10 Punkte,
- ab 01.01.2017: 25 Punkte.

Nachweise (max. 2 Seiten DIN A4) zum Referenzobjekt sind beizufügen.

Die beigefügten Unterlagen müssen Angaben zu 2.a) -b) sowie den Ansprechpartner des Auftraggebers inklusive Kontaktdaten enthalten.

Die 3 bis 5 Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zu den Verhandlungsgesprächen eingeladen. Bei punktgleichen Bewerberbungen entscheidet gemäß § 75 Abs. 6 VgV das Los.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Nachforderung von Unterlagen:

Eine Nachforderung fehlender Erklärungen oder Nachweise gem. § 56 Abs. 2 VgV sieht der Auftraggeber nur in dem Falle vor, wenn weniger als 5 Bewerber die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Berufliche Qualifikation nach § 75 Abs. 1 VgV: Eintragung in ein Berufsregister oder Nachweis eines Abschlusses, bspw. Diplom-/Bachelor-/Masterurkunde – Mindestbedingung: Architekt oder Vergleichbares.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— § 43 VgV: Eigenerklärung über wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen,

— § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung, dass eine Berufshaftpflichtversicherung mit 1,5 Mio. EUR

Deckungssumme für Personen- und 500.000 EUR für Sachschäden vorliegt bzw. dass die Deckungssummen im Auftragsfall entsprechend erhöht werden. (Ausschlusskriterium),

— § 47 VgV: Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (im Fall der Eignungsleihe),

— § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Eigenerklärung zur Anzahl der Beschäftigten.

Die Bestätigung der Eigenerklärungen erfolgt durch Nennung des Erklärenden im Rahmen der Abgabe auf der Vergabeplattform.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

— § 46 Abs. 3 Nr. 1: 1 Referenzprojekte mit vergleichbaren Planungsanforderungen, an denen die

Gebäudeplanung nach HOAI unter Beachtung der deutschen Richtlinien, Regelwerke und Rechtsvorschriften

bzw. vergleichbarer ausländischer Regelungen erbracht wurde mit Angaben zu Auftraggeber und

Projektmerkmalen (siehe II.2.9)).

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Siehe Abschnitt III.1.1)

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

— § 123 und § 124 GWB: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen (Ausschlusskriterium, bei den Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB entscheidet die Vergabestelle über den Ausschluss),

— § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung, dass die Durchführung der Leistungen unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (Ausschlusskriterium).

Der Auftraggeber behält sich vor, gemäß § 43, Absatz 3 VgV nach Zuschlagserteilung eine bestimmte Rechtsform vorzuschreiben:

Rechtsform von Bietergemeinschaften im Auftragsfall: Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit gesamtschuldnerischer Haftung. Es sind alle Mitglieder der Bietergemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen. Sollte eine Bewerber-/Bietergemeinschaft angestrebt werden, ist das Formblatt 234 zu verwenden.

Erklärungen gemäß Tarifreuegesetz des Landes Baden-Württemberg sind abzugeben.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 25/01/2022

Ortszeit: 10:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 14/02/2022

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/06/2022

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Der Auftraggeber stellt den Teilnahmeantrag in Form einer Excel-Datei zur Verfügung. Die Bewerbungsunterlagen stehen unter der unter Ziffer I.3) genannten Internetplattform bis zum Ablauf der unter Ziffer IV.2.2) genannten Frist zum Herunterladen bereit und sind nur auf diesen Weg erhältlich. Für die Abgabe des Teilnahmeantrags sind zwingend die von der Vergabestelle vorgegebenen Bewerbungsunterlagen zu

verwenden und ausgefüllt abzugeben. Die vollständig ausgefüllten Bewerbungsunterlagen mit Angabe der erreichten Gesamtpunktzahl sind auf der von der Einreichungsstelle zur Verfügung gestellten Vergabeplattform hochzuladen. Die jeweiligen Angaben sind mit prüfbaren Unterlagen zu belegen und als Anlagen beizulegen. Ansprechpartner (Bauherrenvertreter) für Auskünfte zuden angegebenen Referenzprojekten sind zu benennen. Zusätzliche Unterlagen, über die geforderten hinaus, werden nicht gewertet. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft müssen alle Teilnehmer die Ausschlusskriterien separat erfüllen. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Aufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person die fachlichen Anforderungen erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden Württemberg Regierungspräsidium Karlsruhe
Postanschrift: Durlacher Allee 100
Ort: Karlsruhe
Postleitzahl: 76137
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219268730
Fax: +49 7219263985
Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Bieter erkannte Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB), aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbare Verstöße gegen Vergabevorschriften nicht bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung bzw. zur Angebotsabgabe beim Auftraggeber gerügt hat (§ 160 Abs. 3 Nr. 2 und Nr. 3 GWB) oder soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem nach Zuschlagserteilung unzulässig (§ 168 Abs. 2 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post, unabhängig davon, ob die Fristen gem. § 160 Abs. 3 GWB abgelaufen sind (§ 134 Abs. 2 GWB).

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

06/12/2021